

Burkhard Kolbmüller  
Ortsstraße 19, 07426 Bechstedt  
b.kolbmueLLer@t-online.de

Silke Helfrich  
Hauptstraße 21, 74861 Neudenau  
Silke.Helfrich@posteo.de

---

Bechstedt/Neudenau, den 09.02.2021

## **Offener Brief an Ellen Ueberschär, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung**

### **CC:**

Barbara Unmüssig, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung  
Alexander Müller und Christine Chemnitz für den Aufsichtsrat  
Heinrich Böll Stiftung Thüringen für die Landesstiftungen  
Bastian Hermisson und Heike Löschmann für die Auslandsbüros  
Chris Hauenstein für die Stipendiat\*innen  
Giorgio Franceschini für den Fachbeirat Europa/Transatlantik  
Antonie Nord für den Fachbeirat Nord-Süd  
René Böll  
Katrin Göring-Eckardt

### **Neue transatlantische Übereinkunft? Ja, aber nicht in diesem Geiste und mit Positionen von gestern!**

Liebe Ellen Ueberschär,

wir kennen uns nicht, deshalb kurz: Ich (Burkhardt Kolbmüller) bin Mitglied der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, habe 1997 bis 2000 als Leiter des Weimarer Kulturstadtbüros für die hbs gearbeitet und 1989/90 in Leipzig die Grüne Partei der DDR mit aufgebaut. Und ich (Silke Helfrich) war Mitte der 1990er Jahre Geschäftsführerin eben dieser Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen. Anschließend habe ich für die hbs das Regionalbüro Mittelamerika/Mexiko/Kuba geleitet sowie den Bürostandort in Mexiko aufgebaut. Seither kooperiere ich zu transformativer Wirtschaft und Governance mit der Stiftung.

Das von dir mitunterzeichnete Papier „**Transatlantisch? Traut euch!**“ hat uns irritiert und zutiefst beunruhigt. Das betrifft den gesamten Geist des Textes wie auch viele Details. An erster Stelle steht dabei die Forderung nach einer „erheblichen“ Aufrüstung der Bundeswehr und nach einer neuen Rolle der europäischen NATO-Staaten „mit Deutschland an erster Stelle“. Zur Begründung wird auf „die Konfliktstrategie Russlands und sein wachsendes militärisches Potential“ verwiesen.

Auch wir halten Putin für einen kaltblütigen Machtpolitiker, von denen es leider viele auf der Welt gibt – auch in der NATO und in der EU. Wir können nachvollziehen, dass sich vor allem Polen und die baltischen Staaten von Russland bedroht sehen. Doch das „militärische Potenzial Russlands“ taugt nicht zur Begründung weiterer Aufrüstung. Laut SIPRI waren die Rüstungsausgaben der USA 2018 mehr als zehnmal so hoch wie die Russlands (649 zu 61 Mrd. US-Dollar, SIPRI Yearbook 2019). Selbst die Rüstungsausgaben der vier größten europäischen NATO-Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien,

Italien) sind zusammen immer noch fast dreimal so hoch wie die Russlands. Man stelle sich das einmal umgekehrt vor!

Doch viel wichtiger ist: Gerade wir Deutsche sollten *unser* ureigenstes Interesse an guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Russland nicht untergraben, wie das mit diesem Papier geschieht. Frieden entsteht nicht durch mehr Waffen, sondern durch Abrüstung und Signale der De-Eskalation. Willy Brandt und Egon Bahr haben seinerzeit gezeigt, wie trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten Verständigung entsteht und potenzielle Konfliktherde entschärft werden können. Statt „erheblich aufzurüsten“ stünde es an, die friedliche Koexistenz wiederzubeleben, ebenso wie die Vision eines gemeinsamen europäischen Hauses (Gorbatschow), die leider in Russland und im Westen in Vergessenheit geraten ist. Überdies: Es geht in der Diplomatie wie in der Konfliktprävention stets darum, die Interessen und wahrscheinlichen Reaktionsmuster des anderen Staates zu kennen und mitzudenken. Richtschnur sollte immer die Perspektive der Deeskalation sein, was **nicht** heißt nachzugeben. Es heißt dranbleiben und Konflikte beziehungswahrend zu bearbeiten. Immer und immer wieder. Und schließlich: Wie müssen sich die Menschen eines Landes fühlen, in dem die Erinnerung an das unsägliche Leid des deutschen Vernichtungskrieges noch sehr präsent ist, wenn ein schon jetzt überlegender „Gegner“ weiter erheblich aufrüstet, mit Deutschland an erster Stelle?

Die unsäglichen Passagen zur „nuklearen Teilhabe“ sind bereits vielfach kritisiert und kommentiert worden. Dem ist im Prinzip nichts hinzuzufügen. „Böll für die Bombe“ – solche Schlagzeilen über die Stiftung schmerzen doppelt, **weil sie den Kern treffen und weil sie nicht wegzudiskutieren sind**. Ist tatsächlich schon vergessen, dass wir – mit Nancy Pelosi – noch vor wenigen Wochen fürchten mussten, dass nicht „einer der Anderen“, sondern ein gewählter Präsident einer liberalen westlichen Demokratie den Knopf drückt? Wirklichen Schutz bietet nur atomare Abrüstung, nicht atomare „Teilhabe“. Müssen wir solche grundlegenden Dinge im Jahr 2021 in der hbs tatsächlich diskutieren? Sollten wir uns nicht vielmehr, eingedenk des Erbes von Heinrich Böll wie auch unserer Wurzeln in den Friedensbewegungen in Ost- und Westdeutschland, mit aller Kraft dafür einsetzen, dass auch Deutschland den am 22. Januar 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet?

Das Kapitel zur **Klimapolitik** irritiert nicht minder. Sicher ist es eine große Hoffnung, dass Biden wirksame Klimamaßnahmen voran bringt (und damit hoffentlich auch die Europäer ordentlich anschiebt). Doch auch hier wird bewusst eine falsche Fährte gelegt: Da soll gemeinsam vorgegangen werden gegen die „fossile Förderpolitik der OPEC-Staaten“ und den „Energiehunger der chinesischen Wirtschaft“. Ohne Frage ist es wichtig, Öl und Gas im Boden zu lassen und China dabei zu unterstützen, den steigenden Energiebedarf statt mit Kohle mit Erneuerbaren zudecken. Doch haben die Unterzeichnenden nicht zur Kenntnis genommen, dass die USA im letzten Jahrzehnt zum mit Abstand größten Öl- und Gasproduzenten der Welt aufgestiegen sind, vor allem aufgrund des besonders umwelt- und klimaschädlichen Frackings? Auch die Biden-Regierung hat sich bereits die Förderung von Flüssigerdgas-Exporten auf die Fahnen geschrieben hat. Es ist die Fortsetzung des extraktivistischen Wirtschaftsmodells, das wir schon kennen.

Im Übrigen fördern die OPEC-Staaten ihre Klimakiller zu einem Gutteil auch für uns Europäer. Und bei aller Sorge um den rasch zunehmenden chinesischen Fußabdruck: Der pro-Kopf-Ausstoß an CO<sub>2</sub> ist in den USA noch immer deutlich höher als in China – ganz abgesehen davon, dass die „chinesische Wirtschaft“ zu großen Teilen für *unseren* Konsum produziert. Richtig müsste es doch heißen: „Wir Europäer und US-Amerikaner sind uns bewusst, dass unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen weit über dem globalen Durchschnitt liegen und weit über dem, was unser Planet verträgt. Wir haben daher eine besondere Verantwortung, mit ambitionierten, überdurchschnittlichen Reduktionszielen zur Erreichung der Pariser Klimaziele beizutragen. Mit unserem Know How, unserer Wirtschaftskraft und unserem politischen Gewicht werden wir andere Länder auf diesem Weg mitnehmen.“

Doch das sind fast Details verglichen mit **dem gesamten Duktus und dem dadurch offenbar gewordenen Geist des Papiers**: Wir Amerikaner und Europäer gegen den Rest der Welt. Statt „America first“ nun also „America and Europe first“. Damit wir, die ohnehin schon vielfach Privilegierten, „sicherer ..., wohlhabender, selbstbestimmter“ leben können. Noch wohlhabender?

Seit wir uns im grünen Umfeld engagieren, ist eine solidarische „Eine-Welt-Politik“ ein zentraler Anker unseres Tuns, ausgehend vom Bewusstsein der Verwüstungen, die wir in 500 Jahren Kolonial- und Post-Kolonial-Geschichte im globalen Süden angerichtet haben und zum Teil auch heute noch anrichten. Daraus resultiert eine Verantwortung, die die Kritik und Veränderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise einschließt, ja einschließen muss!

Die transatlantische Beziehung ist schließlich nicht nur eine Wertegemeinschaft, die Offenheit, Vielfalt oder Rechtsstaatlichkeit stärkt. Sie ist auch eine Schuldgemeinschaft. So sind Deutschland und die USA in ihrer Geschichte zutiefst in Genozide verstrickt. Die Gründung der USA ist ohne den Genozid an den *first nations* nicht erzählbar, und das Erbe der Sklaverei prägt die US-amerikanische Gesellschaft bis heute. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts lässt sich nicht vom Genozid zuerst an den Herero, und dann an den Juden, Sinti und Roma lösen. Und beide Länder sind als früh industrialisierte Nationen mitverantwortlich für einen Großteil der Erblast an CO2 in der Atmosphäre, die unser Klima über Jahrhunderte verändert.

Davon findet sich in dem Papier kein einziges Wort. Stattdessen werden im Kontext der Klimamaßnahmen gönnerhaft „Zusagen zur Finanzierung für die ärmsten Länder“ in Aussicht gestellt – eine Feigenblatt-Formulierung, die an Erbärmlichkeit ihresgleichen sucht. Was sagen eigentlich die Auslandsbüros und Kooperationspartner\*innen der hbs zu diesem Vorstoß? Und was die Mitarbeiter\*innen der Stiftung, deren jahrelange und vielschichtige Expertise wir in diesem Papier nicht wiederfinden? Wie ist das möglich?

Liebe Ellen Ueberschär,

wir würden gern verstehen, was dich bewogen hat, dieses Papier mit zu verfassen. Es scheint – das legen Art und Zeitpunkt deiner Äußerungen in den Medien nahe – nicht unbedacht im tagtäglichen Zeitdruck „passiert“ zu sein. Vielleicht gibt es Gründe, mit dem einen oder anderen Unterzeichner zukünftige Kooperationen auszuloten. In jedem Fall wäre es gut, darüber mehr zu erfahren und das fatale Bild, welches durch dieses Papier in der Öffentlichkeit entstanden ist, **offensiv und mit Nachdruck zu korrigieren**. Deine Darstellung auf boell.de ist leider in keiner Hinsicht überzeugend.

Falls das Engagement in dieser Sache aber eine Art Versuchsballon für zukünftige Stiftungsprioritäten und/oder für eine schwarz-grüne Bundesregierung gewesen sein sollte, sagen wir klar und deutlich: **Das ist einer Heinrich-Böll-Stiftung unwürdig!**

Mit freundlichen Grüßen

